PRESSEMITTEILUNG 07/26

151. Präsidiumssitzung des DStGB

Mainz, 10.11.2026

Deutscher Städte- und Gemeindebund

Marienstraße 6
12207 Berlin

Telefon 030.773 07.253

E-Mail: birgit.pointinger@dstgb.de
Homepage: www.dstgb.de

ViSdP

Dr. André Berghegger
Hauptgeschäftsführer

Alexander Handschuh
Pressesprecher

Nachhaltige Krankenhausfinanzierung sicherstellen – Rolle der Kommunen als Ausfallbürgen beenden

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert, die Krankenhausfinanzierung verlässlich neu auszurichten und die aus der unzureichenden Finanzausstattung resultierenden kommunalen Defizite vollständig auszugleichen. „*Die Kommunen fungieren seit Jahren als Ausfallbürgern für eine vollkommen unzureichende Krankenhausfinanzierung. Dieser Zustand muss unverzüglich beendet werden*“, stellten der Präsident Ralph Spiegler und Hauptgeschäftsführer Dr. André Berghegger im Rahmen der Präsidiumssitzung des Verbandes in Mainz klar. „*Die Krankenversicherungen, der Bund und die Länder kommen ihrer Pflicht zur Finanzierung nicht nach. Daher ist eine konsequente Neuausrichtung der Finanzierung notwendig*“, so Spiegler und Berghegger.

Die wirtschaftliche Lage zahlreicher Krankenhäuser bleibt extrem angespannt. Immer wieder müssen die Kommunen die aufgelaufenen Defizite aus ihren Haushalten ausgleichen, obwohl die Betriebskosten durch die Krankenversicherungen zu finanzieren sind. „*Diese Belastungen verschärfen die ohnehin prekäre Finanzlage der Kommunen noch einmal zusätzlich. Wir erwarten daher, dass die gesetzlichen Begrenzungen der Krankenhausvergütungen so korrigiert werden, dass Kostensteigerungen finanziert werden können und kein systemwidriger Griff in die kommunalen Kassen erfolgen muss*“, so **Spiegler** und **Berghegger**. „*Wir sehen hier auch den Bund in der Pflicht, die Kosten für die Gesundheitsversorgung von Personen in der Grundsicherung vollständig zu übernehmen, und die Verlagerung dieser Kosten auf die gesetzliche Krankenversicherung zu beenden.*“

Mit Blick auf die geplante Krankenhausreform fordern die Kommunen Bund und Länder auf, eine tragfähige Übergangsfinanzierung sicherzustellen. „*Wir dürfen nicht zulassen, dass Krankenhäuser, die für die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger unabdingbar sind, in ihrer Existenz*

gefährdet werden“, stellten **Spiegler** und **Berghegger** klar. „*Wir brauchen einen gesteuerten und am Bedarf ausgerichteten Strukturwandel. Dabei müssen die Faktoren Erreichbarkeit, Notfallversorgung und regionale Besonderheiten berücksichtigt werden*“, so **Spiegler** und **Berghegger**. „*Die Reformen dürfen in keinem Fall zu Versorgungslücken führen, sondern müssen am Bedarf der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet werden*.“

Schließlich besteht die Erwartung, dass die Länder ihrer Verpflichtung zu einer ausreichenden Finanzierung von Investitionen auch nachkommen. „*Dabei geht es um die Modernisierung, die Digitalisierung und die bauliche Erneuerung der Krankenhäuser. Hier dürfen sich die Länder nicht länger aus der Verantwortung stehlen*“, so **Spiegler** und **Berghegger** abschließend.